

Bundeskontaktstelle Braunkohle des Netzwerkes GRÜNE LIGA

#### Lausitzer-Kohle-Rundbrief

**BRUNICOWY ROZGLĚD** 

25. Juni 2023

- 1. Lausitzer Menschen für einen früheren Kohleausstieg
- 2. Fridays for Future demonstrierten am Tagebau Welzow-Süd
- 3. Bündnisgrüne schlagen Stiftung für Tagebaufolgekosten vor
- 4. Studie des Umweltbundesamtes: Verantwortung des Tagebaubetreibers nicht ausblenden
- 5. Wegen Korruptionsermittlungen: LEAG-Wasserstoffprojekt liegt vorerst auf Eis



## 1. Lausitzer Menschen für einen früheren Kohleausstieg

Seit dem 22. Juni ist die Internetseite "Lausitz 2030 - Wir sagen Ja zu einem früheren Kohleausstieg" freigeschaltet. Hier schildern Lausitzerinnen und Lausitzer, warum aus ihrer Sicht ein früherer Kohleausstieg ein Vorteil für die Region Die Cottbuserin Rebekka ist Schwarzbach ist im Frühjahr 2023 guer durch die Lausitz gereist und hat Menschen getroffen, die ihre Sicht deutlich machen wollen. Eine Auswahl kommt auf diesem Online-Portal zu Wort und wird in der kommenden Zeit noch erweitert.



# 2. Fridays for Future demonstrierten am Tagebau Welzow-Süd

Heute demonstrierte erneut ein Bündnis aus Fridays for Future, Umweltverbänden und lokalen Initiativen für einen beschleunigten Kohleausstieg und einen gerechten Strukturwandel in der Lausitz. Über 1000 Menschen versammelten sich dazu am Tagebau Welzow-Süd. Die Klimabewegung fordert, dass die Kohleförderung in der Lausitz auf maximal 205 Millionen Tonnen begrenzt wird, um die Einhaltung der 1,5°C-Grenze nicht zu gefährden. Diese Obergrenze

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de Telefon Spendenkonto
GLS Bank
+49 (0151) 14420487 BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00

hatte eine Forschungsgruppe der Europa-Universität Flensburg in einer kürzlich veröffentlichten Studie ermittelt.

"Aktuell verhandeln Habeck und die Ministerpräsidenten hinter verschlossenen Türen über den Kohleausstieg. Schon jetzt ist klar, dass die Kohle durch den steigenden CO2-Preis spätestens ab 2030 nicht mehr rentabel sein wird - an einem früheren Kohleausstieg führt also kein Weg vorbei. Indem Woidke und Kretschmer dennoch weiter an der Kohle festhalten, nehmen sie einen unkontrollierten Ausstieg und damit Strukturbruch in Kauf.", so Ladina Soubeyrand von Fridays for Future Senftenberg.

Dem Protest am Tagebau Welzow waren bereits Demonstrationen in Görlitz, Dresden und in Chemnitz, anlässlich eines Treffens zwischen Olaf Scholz und den ostdeutschen Ministerpräsidenten, vorausgegangen. Außerdem hatte das Bündnis bereits im Mai am Tagebau Nochten demonstriert.

Thema waren auch die Probleme des Wasserhaushaltes der Region. Die Welzower Stadtverordnete Hannelore Wodtke sagte zur Planung des Welzower Tagebausees: "Es ist unverantwortlich mitten in der Klimakrise riesige Verdunstungsflächen zu schaffen, nur weil große Seen die billigste Art der Rekultivierung für die Braunkohleunternehmen sind. Wir brauchen endlich realistische Planungen für die Folgelandschaften".

#### 3. Bündnisgrüne schlagen Stiftung für Tagebaufolgekosten vor

"Wie ist die Rekultivierung der Tagebaue in den ostdeutschen Kohlerevieren langfristig abzusichern?" fragten sich die Bündnisgrünen Landtagsfraktionen der Bundesländer Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und schlugen am 12. Juni 2023 in einem fünfseitigen <u>Positionspaper</u> die Einrichtung einer Stiftung vor.

Kern ist, dass einerseits die bundeseigene Sanierungsgesellschaft LMBV mehr wirtschaftliche Tätigkeiten erlaubt werden sollen, um die Ewigkeitskosten des DDR-Bergbaus zu finanzieren. Für die ebenso langfristigen Folgekosten der LEAG-Tagebaue soll das Unternehmen die Verantwortung (nur dann) an eine Stiftung abgeben können, wenn es auch die "ihr Sondervermögen und ihre Entschädigungszahlungen sowie andere Vermögenswerte, wie zum Beispiel ihre Flächen" in das Stiftungsvermögen einbringt. Perspektivisch könnten beide Bereiche dann irgendwann zusammengeführt werden. Ausführlich besprochen wurde der Vorschlag in einem Beitrag der klimareporter.

Der jetzige Vorschlag enthält Grundzüge dessen, was die GRÜNE LIGA mehrfach vorgeschlagen hat. Ob die Stiftung allerdings ihre Arbeit erst "mit dem vollständig vollzogenen Kohleausstieg" aufnehmen sollte, wie die bündnisgrünen formulieren, oder ob das nicht zu viele Schlupflöcher für die jetzigen LEAG-Eigentümer bietet, wäre sehr gründlich zu prüfen. Auch ist fraglich, ob die LMBV wirklich alle ihre Kosten selbst erwirtschaften könnte und gar kein Steuergeld mehr gebraucht wird, wie Die Verfasser scheinbar hoffen.

Der Vorschlag einer Braunkohlestiftung war schon einmal, im Jahr 1993 als Alternative zur Aufspaltung durch die Treuhandanstalt und Privatisierung der gewinnträchtigen fünf "Zukunftstagebaue" in der Diskussion. Die aktiven Tagebaue und Kraftwerke hätten die Sanierung der DDR-Gruben zumindest zum Teil finanzieren können. Stattdessen wurde privatisiert. Etliche Milliarden an Steuergeld von Bund und Ländern flossen seitdem in die LMBV, während Gewinne des aktiven Bergbaus abflossen, vor allem in der Zeit als der zum schwedischen Staatskonzern Vattenfall gehörte.

## 4. Studie des Umweltbundesamtes: Verantwortung des Tagebaubetreibers nicht ausblenden

(Pressemitteilung vom 12.06.2023:) Das Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA fordert aus Anlass der heutigen Veröffentlichung der Studie des Umweltbundesamtes zum Wasserhaushalt im Lausitzer Kohlerevier, in der Diskussion um nachbergbaulichen Wassermangel in der Spree die Pflichten des Tagebaubetreibers nicht auszublenden.

"Der nachbergbauliche Wassermangel wird zu einem bedeutenden Teil durch den Braunkohleabbau selbst verursacht. Die Studie blendet die nach dem Verursacherprinzip notwendigen Beiträge der Tagebaubetreiber zur Lösung des Wasserproblems aus. Doch genau die müssen schnellstmöglich

Umweltgruppe Cottbus e.V.	Internet	Telefon	Spendenkonto
Projektbüro:	www.kein-tagebau.de		GLS Bank
Straße der Jugend 33	E-Mail	+49 (0151) 14420487	BIC: GENODEM1GLS
D-03050 Cottbus	umweltgruppe@kein-tagebau.de		IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00

diskutiert und verbindlich festgelegt werden." sagt René Schuster, Braunkohle-Experte des Verbandes.

Schuster weiter: "Falls Wasserüberleitungen in die Lausitz gebaut werden sollen, würden sie als erstes genutzt, um die Tagebauseen der LEAG zu füllen. Das Unternehmen muss einen verursachergerechten Anteil der Kosten tragen, sonst droht ein neues Milliardengeschenk des Staates an die fossilen Konzerne. Vor diesem Hintergrund bleibt die Vergabe der Studie an das von einem LEAG-Tochterunternehmen angeführte Konsortium hoch bedenklich."

Schuster stellt eine teilweise irrationale Diskussion um das Thema fest: "Es darf nicht so getan werden, als würden Kohletagebaue Wasser herstellen. Was sie in die Spree leiten, dezimiert das Grundwasser, unseren wichtigsten Bodenschatz. Auf dem Weg zur Spree verdampfen zudem die Kohlekraftwerke etwa ein Drittel dieses Wassers, das der Region so verlorengeht. Wir müssen so schnell wie möglich zu einer nachhaltigen Wassernutzung zurückkehren."

Beim Wassermangel in der Spree kommen vier Ursachen zusammen: Der Rückgang auf natürliche Abflussverhältnisse, die Bedarf an Flutungswasser aus den Flüssen, die dauerhaften Verdunstungsverluste der geplanten Tagebauseen und der Klimawandel. Der Kohleausstieg verursacht keinen dieser Effekte, er beeinflusst nur den Zeitpunkt, an dem sie nicht mehr ignoriert werden können. Ein ewiges Weiterbaggern war dabei nie eine Option und entsprach auch nie der Rechtslage. Auch heute sind nicht alle LEAG-Tagebaue bis 2038 berg- und wasserrechtlich genehmigt. So ist die Zulassung des Großtagebaues Nochten in Sachsen bis 2026 befristet, für einen längeren Betrieb wären neue Entscheidungen nötig.

#### Hintergründe:

<u>Präsentation der GRÜNEN LIGA</u> in einem Fachgespräch des Landtages Brandenburg am 9. Juni 2023.

Grundlegende Zusammenhänge fasst auch unsere <u>Broschüre "Kohle.Wasser.Geld"</u> aus dem Jahr 2022 zusammen

Der Antrag der LEAG auf Verlängerung der Zulassung des Tagebaues Nochten ist nicht zulassungsfähig, wie eine <u>72 seitige Stellungnahme</u> der GRÜNEN LIGA Ende April feststellte. frühere Kritik an der Vergabe der Studie an LEAG-nahe Institute.

Eine Stellungnahme des Umweltnetzwerkes zur Studie des Umweltbundesamtes ist in Planung, kann jedoch erst nach der heutigen Veröffentlichung erarbeitet werden.

### 5. Wegen Korruptionsermittlungen: LEAG-Wasserstoffprojekt liegt vorerst auf Eis

Zu den neuen Geschäftsfeldern, die das Kohleunternehmen in der Lausitz unter dem Titel GigaWattFactory aufbauen will, gehört auch die "Nachhaltige Nutzung von Wasserstoff im ÖPNV", konkret gemeint ist eine Wasserstofftankstelle für Cottbusverkehr. Durch die Kooperation mit der städtischen Gesellschaft kann die LEAG Fördermittel nutzen, die eigentlich kommunalen Projekten vorbehalten sind. "Dieses kommunal-privatwirtschaftliche Gemeinschaftsprojekt (…) wird mit 5,62 Millionen Euro aus Fördermitteln im Rahmen des Strukturstärkungsprozesses unterstützt." schreibt das Unternehmen auf seiner Internetseite.

Dieses Geld liegen nun offenbar auf Eis. Die Staatsanwaltschaft Cottbus ermittelt gegen Cottbusverkehr-Geschäftsführer Ralf Thalmann wegen Subventionsbetrugs, Untreue und Betrugs, wie der RBB am 21. Juni berichtet.

Schon vor der offiziellen Einleitung der Ermittlungen hat wegen der Vorwürfe die Investitionsbank des Landes Brandenburg beantragte Fördermittel vorerst auf Eis gelegt, wie am 16. Juni berichtet wurde. Wirtschaftsprüfer seien im Fördermittelantrag für die neuen Wasserstoffbusse auf "fehlerhafte Angaben" gestoßen, es sei möglich, "dass die zugesagten Fördermittel in Frage gestellt werden könnten". Die bisherigen Medienberichte gehen nicht näher darauf ein, ob und welche Rolle die LEAG dabei spielt.

Umweltgruppe Cottbus e.V.	Internet	Telefon	Spendenkonto
Projektbüro:	www.kein-tagebau.de		GLS Bank
Straße der Jugend 33	E-Mail	+49 (0151) 14420487	BIC: GENODEM1GLS
D-03050 Cottbus	umweltgruppe@kein-tagebau.de		IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00